



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

98 (27.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332526](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332526)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich, halbjährlich 3.50, jährlich 6.50, durch die Post bez. incl. Porto auswärts 75. Einzel-Nummern 4 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:

Die Kolonialseite . . . 25 Pf.  
Kurzfristige Inserate . . . 20  
Die Reklamenseite . . . 1 Mark

Gefachteste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Montag 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Samstag 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (Mannheimer Druckerei) 1441

Redaktion . . . 1447

Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 1448

Nr. 98.

Donnerstag, 27. Februar 1908.

(Abendblatt.)

### Der Entscheidungskampf um die Ostmarkenvorlage.

— Berlin, 26. Febr.

Das preussische Herrenhaus ist im allgemeinen eine Stätte beschaulichen Friedens. Es hält nicht allzu oft Sitzungen ab, und wenn es sie abhält, versammelt sich nur ein bescheidener Bruchteil der Durchlauchten und Edlen. Die Tribünen aber bleiben zumeist leer. Es gibt keinen Sturm auf die Bogen; keinen Chor der Abgewiesenen, der sich murrend vor den Eingängen des Parlaments aufstellt, um wenigstens dem Kommen von Abgeordneten und Regierungsbekleideten beizuhelfen zu können. Keine Unermüdlichen, die in die Wandelgänge drängen und die Volkstoten bestürmen, ihnen doch noch Eingang zu verschaffen. Das heißt für gewöhnlich gibt es das nicht. An dem Tage, da im Herrenhaus die Entscheidung über die Ostmarkenvorlage fallen soll, gibt es das alles und dazu noch viel mehr. So stark ist die Nachfrage nach Tribünenplätzen, daß der Bureau-Inspektor (oder ist es ein anderes ingenieus Talent?) auf den geistreichen Ausweg verfallen ist, die Journalistenfrage ganz einfach dem Publikum auszuliefern.

Einen festlicheren Anblick als die Journalistentribüne, wo die Arbeiter einen ebenso geduldvollen wie vergeblichen Kampf gegen die Drohnen führen, bietet das vis-a-vis — die Hofloge. Dort hat — von seinem zivilisierten Mentor Geheimrat von Hollenhausen — geleitet, der Kronprinz Platz genommen. Bald bemüht sich Hr. v. Manteuffel heraus, um die Sonneure des Hauses zu machen. Später wird auch noch der Kollege vom Unterhause, Herr v. Krohner, der im Hintergrunde derloge Unterkunft gefunden hat, vom Erben der Krone Preußens sehr liebenswürdig begrüßt. Derweil hat drunten, im Saal der Kampf begonnen. Herr v. Burgsdorff hat als Referent der Kommission gesprochen. Dann hat ihn der Herr Landwirtschaftsminister abgelöst. Herr v. Arnim ist nie ein begabter Redner gewesen; er ist es auch heute nicht. In gleichmäßigem Tonfall, der seine Schallwellen nicht immer bis zu den Tribünen empoträgt, begründet der Minister den bekannten Standpunkt der Regierung: eine Veröhnungspolitik, wie wir sie früher getrieben, sei ausgeschlossen. Aliehe also nur der Kampf, soll heißen: die Aufstellung. Diese Aufstellungstätigkeit aber sei ohne Enteignung nicht mehr fortzuführen. Während der Rede des Landwirtschaftsministers hat Fürst Bülow in Begleitung seines amanuensis v. Köbel den Saal betreten. Das freist die Lebensgeister ein wenig auf, die schon eine leise Reizung verraten zu ermatten. Man plaudert wieder recht lebhaft, bildet Gruppen und wie von ungefähr finden sich Gustav Schmolke und Herr Althoff zusammen. Das Bild ändert sich, da als erster aus dem Hause Graf Mirbach das Wort erhält. Der ist ein Gegner der Enteignung und prägt sehr scharfe, sehr pointierte Sätze, diesen Standpunkt zu erhärten. In der Abgeordnetenloge, wo ein farbes Kontingent polnischer Herren sichtbar wird, bligen die Augen auf; auch durch das Haus scholl es

und an ein starkes, energisches Bravo. Graf Mirbach will alle Geldmittel bewilligen, die die Regierung fordert; nur die Enteignung nicht. Inzwischen sind zwei Abänderungsanträge eingelaufen. Einer für den Herr v. Wedell-Biesdorf gezeichnet und der die Schutzfrist, die vor der Enteignung sichert, auf zwanzig Jahre ausdehnen will; ein anderer, den Oberbürgermeister Widde, unterstützt von Mitgliedern der Linken, eingebracht hat und der nur Grundstücke, die Kirchen und milden Stiftungen gehören, von der Enteignung auszunehmen wünscht. Für diesen Antrag, unter dessen Unterzeichnern sich auch Schmolke befindet, hat — übrigens nicht sonderlich wirkungsvoll — Herr Wilms, der neue Oberbürgermeister von Bosen, gesprochen. Dann hat 24. einmal der greise Lucius v. Ballhausen, der frühere preussische Landwirtschaftsminister, die Argumente der Enteignungsgegner zusammengefaßt. Und nun greift der Ministerpräsident in Person ein. Fürst Bülow hat, scheint's, den neuerlichen Krankheitsanfall glücklich überstanden. Auf seinen Wangen liegt ein Hauch gesunder Röde und seine Rede klingt frisch und temperamentvoll. Fürst Bülow beginnt mit einem kleinen Exkurs über das ja immer recht aktuelle Thema: Das Ausland und wir. Graf Mirbach hat zuvor gemeint: die Enteignung würde auf das Ausland vielfach verhängnissvoll wirken. Das, erklärt der Kaiser, könne und soll lassen. Wir sollten uns mehr ruhiges Nationalgefühl aneignen; nicht gleich zusammenzucken bei jedem ausländischen Tadel, auch nicht nervös nach dem Lob des Auslandes seigen. (Droben in der Hofloge nicht der Kronprinz wiederholt Beifall.) Und nun die Hauptsache: in dem Beschluß der Kommission vermag die Regierung eine Verbesserung nicht zu erblicken. Mit dieser Waffe in der Hand könne die Niederlage im Kampf um den Boden nicht abgewiesen werden. Und darum — wieder nicht der Thronerbe Beifall —: die Staatsregierung gebe sich der Hoffnung hin, daß das Bewußtsein der jüderen Verantwortlichkeit das Herrenhaus veranlassen würde, in Uebereinstimmung mit dem anderen Hause und der Regierung den Vermittlungsantrag Widde's zuzustimmen. Provisorisch halten durch das Haus; allein es sieht nicht so aus, als ob der Kanzler die Abänderungen überzogen hätte. Herr von Wedell-Biesdorf, Graf Schulenburg-Grünthal, sogar der Feldmarschall Graf Hülse-Schaefer sprechen gegen die Enteignung.

### Verband Süddeutscher Industrieller.

In der am Mittwoch, den 26. d. Mts., unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Otto Hoffmann, Mannheim-Friedrichsfeld, stattgefundenen Sitzung des Direktoriums des Verbandes Süddeutscher Industrieller wurde der den neugegründeten Württembergischen Industrie-Verband betreffende Anschließungsvertrag vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksvereins Heilbronn des Verbandes Süddeutscher Industrieller und der württembergischen Einzelmitglieder des Verbandes Süddeutscher Industrieller akzeptiert. Nach einem ausführlichen Referat des Syndikus über das Verhältnis des Verbandes zu den Handelskammern etc. folgte das Direktorium einstimmig folgende Resolution:

„Der Verband Süddeutscher Industrieller hat es stets als ein erstrebenswertes Ziel betrachtet in Freundschaft mit den Handelskammern gemeinsam zum Segen der Industrie zu wirken. Um der Erreichung dieses Zieles nunmehr noch näher zu kommen, hat das Direktorium des Verbandes beschlossen, sämtlichen süddeutschen Handelskammern, sofern dies noch nicht geschehen ist, den Vorschlag zu unterbreiten, einen gegenseitigen Austausch der beiderseitigen, die Industrie betreffenden Veröffentlichungen etc. für die Zukunft herbeizuführen.“

„Da nun jüngst ein Lokalverein ein vertrauliches vom Verbandssyndikus entnommenes Schriftstück veröffentlichte und demselben dazu noch eine irrtümliche Auslegung hinzufügte, so muß ausdrücklich erklärt werden, daß das genannte Schriftstück nicht nur nicht den Charakter eines provisorischen Entwurfes trug, sondern vielmehr lediglich den Zweck haben sollte, als Unterlage für ein Referat zu dienen, das überdies nicht einmal erstattet wurde. Außerdem würde sich der Inhalt des Schriftstückes und namentlich der Inhalt der beigefügten irrtümlichen Auslegung in wesentlichen nicht mit der vom Verbande Süddeutscher Industrieller vertretenen Auffassung über das zwischen den Handelskammern und dem Verbande herbeizuführende Verhältnis decken.“

Herner genehmigte das Direktorium die vorliegende an den Bundesrat und Reichstag, den Herrn Reichskanzler und die süddeutschen bundesstaatlichen Regierungen zu richtende Eingabe betreffend Abzugsrecht von Geldstrafen am Arbeitslohn.

Nach vollzogener Beschlußfassung über wichtige Organisationsänderungen stimmte das Direktorium einem seitens des Verbandes zu Gunsten der Verbandsmitglieder mit dem Deutschen Versicherungs-Schuldverband, E. G., Berlin abzuschließenden Vertrag zu u. folgte zu der beschleunigten Aenderung der Telefon-Gebührenordnung folgenden Beschluß:

„Der Verband Süddeutscher Industrieller spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die beabsichtigte Aufhebung des Kaufsal- und Gebührensystems und gegen die beabsichtigte allgemeine Einführung der Grund- und Gesprächsgebühr aus, weil er darin eine erneute wesentliche Belastung der Industrie erblickt.“

Andererseits aber erklärt sich der Verband damit einverstanden, daß der Telegraphenverwaltung das Recht zugestanden wird, bei übermäßiger Belastung eines Anschlusses (in dem Sinne vielleicht, daß nicht mehr wie 7500 Gespräche für die gegenwärtige Kaufsalgebühr für einen Anschluß zugelassen werden), die Anmeldung eines weiteren Anschlusses seitens des Teilnehmers zu verlangen.“

### Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 27. Februar 1908.

#### Die Parteien und der Wahlrechtskampf in Preußen.

Die nationalliberalen Organisationen in Bitterfeld und Delitzsch haben dem Zentral-

### Wiener Theater.

Von Ludwig Hirschfeld.

Wien, Mitte Februar 1908.

Anlangt waren es gerade zehn Jahre, daß Direktor Schlenker das Burgtheater leitete. Keinen würdigeren und geschmackvolleren Abchluß hätte dieses an Mißverständnissen reiche Regenerium finden können, als mit der Eröffnung der „Anna Karenina“, Schauspiel in sechs Bildern nach Tolstoi von Edmund Gutzkow. Alles Unerkennliche, Unwürdige und Verfehlte, das sich in den zehn Jahren im Burgtheater ereignet hat, ist an diesem einen Abend übertrumpft worden. Der etwa blöder noch immer nicht genau wußte, was wir an Schlenker besitzen und was er für das Burgtheater bedeutet, der sah es noch dieser Premiere völlig klar und den wird es auch nicht mehr Wunder nehmen, wenn Schlenker demnächst Hofrat wird oder sonst irgend eine hohe Auszeichnung erhält. Ueber das Stück selbst braucht glücklicherweise nicht gesagt zu werden. Man kennt diese krasse und brutale Vergewaltigung des Tolstoj'schen Romans schon von verschiedenen Aufführungen in reichsdeutschen Städten. Man weiß auch, daß die bedeutendsten dramatischen Momente dieses Schauspiels ein Kennplatz und ein Erkennungszeichen sind. Hirtshild, Boulevardeorama — diese beiden Worte drängen sich jedem halbwegs gesund empfindenden Theaterbesucher angesichts dieser sechs Bilder auf. Aber was im Hirtshild oder im Boulevardeorama ein gewisses Vergnügen bereiten würde, daß muß im Burgtheater das Gefühl der tiefsten Beschämung auslösen. Man schämt sich für alles: für den Direktor, für den Theaterwart, für die Schauspieler, die an diesem Abend wohl am unangenehmsten davon waren. Ist, sollte man fasten, die Titelrolle mit einer jungen Anzahl von schönen Tölpeln und Tänzen aus, und auch die große Zahl der übrigen Darsteller hielt sich an Neugierlichkeiten. Die Ausstattung ließ nichts zu wünschen

übrig. Der gegenwärtig in Wien gastierende Hirtshild Serofant dürfte sich besänft auf die Socken machen. Mit dem Burgtheater läßt sich eben nicht konkurrieren. Es gab Pferde und Jodels und eine wirtliche Eisenbahn, die roudete und piffte, daß es nur so eine Fremde war. Das Publikum betrachtete viele Anderen mit einem Vergnügen, aber am Schluß, nachdem es sich sitzgeschon hatte, ging es doch ruhig und besänft nach Hause. Das ganze ist eine glühend verfehlte Spektation, wofür sich auch in finanzieller Hinsicht. Und wenn man diesem ungeheuerlichen Burgtheaterabend überhaupt etwas nachrühmen kann, so ist es der Umstand, daß er in freier aber deutlicher Weise einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt darstellt. Den Höhepunkt eines schauerspielhaften Systems aus Raffinesse, Hochgeißelheit und Schwäche — Schlenker wird Hofrat . . .

Wie viele Lebendigkeit und Regsamkeit entfaltete Zelig Weingartner, der neue Hofoperndirektor; aber einstweilen hat seine Energie hauptsächlich eine Reihe von unangenehmen und ärgerlichen Neuerungen und Maßnahmen gezeitigt. Weingartner begann mit einer Loslösung vom Haus geborenen Reinszenierung des „Hidello“. Die bisherigen, von Gustav Mahler künstlerisch und musikalisch eingerichteten Aufführungen dieses Werkes gehörten zu den schönsten Akten der Hofoper. Diese Mahler-Mahler'sche Inszenierung teilte die Oper in vier Bilder: Wohnung des Kerkermeisters, Gefängnis, Kerker und freier Platz auf der Feste, was einen natürlichen Wechsel zwischen Düstern und Heiterem, zwischen Hell und Dunkel ergibt. Weingartner hat das in zwei Bilder zusammengeworfen. Gefängnis und Kerker, was eine ziemliche Monotonie zur Folge hat. Die vorerwähnte musikalische Neuerung bestand in der Verwendung der Synchronorchester. Hat in der großen Synchronorchester, No. 11, die man hier öfter zu hören gewohnt war. Alle diese lächerlichen Neuerungen und Restitutionsen konnte man schließlich noch auf den frischen Eifer des neuen Mannes und freizügigen

Beethovenrezeptions zurückführen. Aber alle Neuigkeiten, die seither aus der Hofoper kommen, lassen deutlich erkennen, daß der scharfe neue Welen die ganze Tätigkeit seines Vorgängers und alles, was an Gustav Mahler erinnert, wegwegen möchte. Es folgte noch eine gründliche Reinszenierung, nämlich die von Gög „Widderstiege“ und schließlich als Sensation die plötzliche Entlassung der dramatischen Sängerin Elsa Wand, einer beliebten und reich begabten Künstlerin, der einfach der Sessel vor die Türe gesetzt wurde, ohne daß man den Rat gefunden hätte, diese Rücksichtslosigkeit mit einer ebenso rücksichtslosen Ehrlichkeit zu motivieren.

Von den Wiener und österreichischen Dramatikern ist wie gewöhnlich nichts Wesentliches zu melden. Sie scheinen immer weniger und immer Schwächeres zu produzieren, und verlieren eine Wiener Bühne um die andere, von denen sich jetzt die meisten von ausländischer Kost redlich nähren. In Sachen des beinahe der Operette verfallenen gemessenen Waldmündtheaters scheint zwar eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein, und diese Bühne dürfte dem Volkstheater erholten bleiben, wie einige Engagemente beweisen, unter anderen die des Künstlerpaars Jensen und Eugenie Reisinger. Einstweilen schloß man dort die Zeit mit allerlei harmlosen Hochfinanzscherzen tut, und das Publikum scheint sich dabei sehr wohl zu fühlen. Selbst bei so unerlaubt unfinnigen Vesseln wie es „Die gelbe Gefahr“ von Kraas und Lonskowski ist, die Alexander Engel schreibt in Wienerische Übertragen hat. Eine für Hochfinanzwerke gar nicht so able Sache hat Alexander Engel im Verein mit Julius Hork geschrieben. In dem Schwan „Die blaue Maus“ haben diese beiden berühmten Wiener Autoren die Masse der französischen Gaudevillien noch Antik genommen und sie zeigen sich auch mit allen Ungenierlichkeiten und Tollheiten dieses Genres wohl vertraut, und für Annie Dierens, den früheren Opernregisseur, gibt es darin eine glänzende Rolle.

vorhande der Nationalliberalen Partei folgende Resolution unterbreitet:

Der Zentralvorstand wolle sich bemühen, bei der preussischen Landtagswahl dazu zu wirken, daß diese für eine schleunige Herabsetzung des preussischen Wahlrechts, insbesondere gerichtet auf die Wahlrechtsvereinfachung, insbesondere die Einführung der geheimen Abstimmung energisch einträte.

Die Sozialdemokratie betrachtet, wie erst gestern wieder festgestellt werden konnte, den Kampf um das preussische Wahlrecht als einen Teil ihres proletarisch-sozialistischen Klassenkampfes, der im Ansturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung enden soll, in einer Revolution, die badiisch-revisionistische Begriffsphrasen auch Evolution nennt. In einer Polemik gegen den Abg. Südekum betont der „Vorwärts“ abermals, daß der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht erfolgreich nur in der Form des Klassenkampfes geführt werden könne. Ist aber den Maßgebenden der Sozialdemokratie der Kampf um die Reform des preussischen Wahlrechts nur eines der vielen Vorzeichen der großen sozialen Revolution, so kann es selbstverständlich kein Zusammengehen mit den Freisinnigen, einer bürgerlichen Partei, geben. Das wäre die Verleugnung des Klassenkampfes. Nun aber nimmt einer der Nichtmaßgebenden aus der Partei, eben Herr Südekum, sich die Freiheit, zu erklären, der Wahlrechtskampf habe mit dem Klassenkampf gar nichts zu schaffen. Er erhebt gegen den „Vorwärts“ den Vorwurf, die an der Einführung des Reichstagswahlrechts interessierten Volksschichten gegeneinander zu hetzen und dadurch die Taktik der Reaktion zu unterstützen. Südekum schreibt in der „Sächl. Arbeiterztg.“:

Die Einführung des Reichstagswahlrechts an Stelle der Dreiklassenwahl in Preußen ist keine Angelegenheit einer einzigen Klasse, ebensowenig wie sie eine Angelegenheit eines allein der „Hochadeligen“ oder der „Schwarzblauen“, der „Männer“ oder der „Frauen“, der „Jünglinge“ oder der „Greise“ ist. Nein: sie ist die Sache der Vorkämpfer gegen die Absolutisten, der Denkenden gegen die Finstlerlinge, der kühnen Bevölkerung gegen die Agitatoren, der Demokraten gegen die Bürokratie, der Bauernschaften gegen die Gutsherren, der Selbstigen gegen die Schmeichler, faszum eine Sache, die in allen Teilen der Bevölkerung Parteilagen hervorruft und hervorzusetzen hat. Es kommt jetzt darauf an, die Freunde der Umgestaltung, wo sonst immer sie auch trennen mögen, in diesem Punkte zusammenzuführen. Ob dies gelingt oder nicht, hängt entscheidend für den preussischen Wahlrechtskampf. Das ist der Sinn der bekannten Ausrufung Singers, daß die Arbeiterklasse in ihrem Wahlrechtskampfe jede christliche Hilfe gern annehmen werde.

Der „Vorwärts“ spricht in seinem Klassenkampfserischen Grimme von Verrede und leerem Geschwätz:

Wo es sich um ein Wahlrecht handelt, durch das die ganze Steuer- und Vermittlungsverwaltung des preussischen Staates zugunsten der nichtbesitzenden Klassen umgewandelt werden soll, da verdammt sich eben die Freisinnigen, die sonst die Heusen von „Künderlingen“ und „Müchlerkern“ ebenso schön am Schmeicheln haben, wie Gewisse Südekum, selbst in Finstlerlinge u. Absolutisten.

Weiter spricht der „Vorwärts“ in nicht minder großer Liebenswürdigkeit von dem „zu entlarvenden Gaukelspiel der bürgerlichen Volkverführer“ und betont nochmals, daß das allgemeine u. gleiche Wahlrecht nur erobert werden könne auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes. Der „Vorwärts“ zieht scharf die Grenzlinie gegen die bürgerlichen Parteien, es ist die Grenzlinie, die die Sozialdemokratie überhaupt von der bürgerlichen Gesellschaft scheidet. Er hat vom Standpunkt der Sozialdemokratie, des proletarischen Klassenkampfes ganz recht, ein Zusammengehen selbst mit den extremsten Freisinnigen abzulehnen. Sie sind in der Tat von hier aus gesehen auch nur Reaktionsäre und Finstlerlinge. Der „Vorwärts“ treibt wenigstens ehrliche, wahrhafte, sozialdemokratische Politik und handelt nicht mit leeren Fiktionen. Politik des proletarischen Klassenkampfes, die auch die Freisinnigen zur reinen reaktionären Masse wirft. Den „Vorwärts“ begreifen wir, er ist konsequent und denkt logisch, nicht aber begreifen wir jene Liberalen, die noch immer wieder der Sozialdemokratie Anträge machen, obwohl ihnen täglich unter die Nase gerieben wird, Sozialdemokratie und alle bürgerlichen Parteien scheiden sich wie Wasser und Feuer. Sie sind inkonsequent, unlogisch, unpraktisch, letzteres, weil sie, was Preußen betrifft, den so dringend erforderlichen Zusammenschluß der Linkenliberalen mit den Nationalliberalen dadurch gefährden.

Wer die Sozialdemokratie kennen lernen will, wie sie ist, nicht wie sie nach seinen Wünschen sein und sich entwickeln möchte, studiere den „Vorwärts“, der doch wohl immer noch

Eine Bühne, die mit ihren schwachen Kräften es und zu die Literatur, auch die heimische, Flagge, ist das kleine Schauspielhaus. Es brachte eine Fassung des Schauspiels „Die Dramatiker“ von Max Halbe, das aber bald wieder befristet wurde. Dieses Berliner Bohemestück, dessen Entstehung um zehn Jahre zurückreicht, hat damals, als das gewisse langhaarige und streifenhafte Kunstgenetium noch im Schwange war, ziemlich Eindruck gemacht. Heute, wo die Aktualität verdrängt ist, merkt man, daß eine recht gewöhnliche Liebesgeschichte übriggeblieben ist, von einer Redlichkeit und Ehrlichkeit, von einer antiquarischen Modernität, die jetzt nicht mehr zu imponieren vermag, wo man hinter die Unschicklichkeit dieser Zigeunerrollen gekommen ist. Sodann brachte diese Bühne das Stück eines Wiener Autors, Leo Fleck, dessen mehrere u. flotte Literaturformidie „Die Lumpen“ hier vor mehreren Jahren die besten Erwartungen erweckte, die der Autor selber keineswegs erfüllt hat. Auch seine neueste Komödie „Star“ hat ziemlich enttäuscht, namentlich in gewöhnlicher und psychologischer Hinsicht. Im Mittelpunkt steht ein Abenteuer im Stile des Rechtsanwalts Strindberg aus dem „Wand der Jugend“, ein Mensch, weder gut noch schlecht, sondern ein Lügner, Betrüger und Verleumder aus Instinkt, aus Temperament, gleichsam ohne jede böse Absicht. Aber diese beachtliche Komödienfigur ist unbedeutlich und unsicher hingeworfen, wie alle übrigen Figuren des Stückes, dessen beste Eigenschaft noch die Schilderung des Milieus ist, dieses Berlin von heute mit seinem halb-amerikanischen Heberbarmen Strebertum und Gränbertum. Eine Schilderung, die der Autor zwar nicht mit vornehmen und lustvollen (aber immerhin mit drastischen und theaterwirksamen) Mitteln befragt, was seiner Komödie zu einer freundlichen Aufnahme verhalf.

Starken Eindruck auf Publikum, Direktoren und Theaterkassiere haben, wie es scheint, hervorzuheben nur mehr ausländische Komödien und Stücke. Das schillernde Schauspiel Suzanne Desprez ist erfolgreich gewesen wie immer. Wenn es auch nicht viel mehr gebracht hat als dreißig erhaltene Briefe und eine furchtbare Teilhabedramatisierung „Sonate à Kreuzer“. Fremde, erotische Komödien auf allen Seiten. Die freie Volkstheater, die schon eine ganze

Zeit sowohl für das Dogma wie für die praktische Tagelarbeit die Hauptrichtungen angibt. Gegenüber mancherlei „Klärungen“ und Verdunkelungen letzter Tage, war es kein unglücklicher Zufall, daß das Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei mit aller Schroffheit deren Charakter als den einer Partei des proletarischen Klassenkampfes bis in alle seine Konsequenzen hinein heute betonte. G.

Nochmals die Briefe des Kaisers an Ginzpeter.

Die in Bielefeld erscheinende „Westf. Zig.“ führt die von einzelnen Mäthern aufgedachten Gerüchte, daß Briefe des Kaisers an Ginzpeter bei Seite geschafft worden seien, auf ihren wahren Grund zurück; sie sagt dazu:

Es lag der Verdacht nahe, daß Briefe entwendet worden waren, was die Staatsanwaltschaft bezweifelte, Erhebungen darüber anzustellen. Die Untersuchung darüber ist noch nicht zum Abschluß gelangt; so viel aber steht heute schon fest, daß die Sache harmlos ist, als anfangs angenommen war. Wie wir auf Grund unserer Informationen berichten können, ist es Tatsache, daß Erzherzog Ginzpeter zwei Briefe des Kaisers belanglosen Inhalts in seiner Liebeswürdigkeit und Güte seinem Diener zum Andenken geschenkt hat, damit er sie aufbewahre zur Erinnerung an seine Dienzeit bei seinem Herrn. Außerdem hat Erzherzog Ginzpeter einige Briefe des Kaisers ungewöhnlichen Inhalts in den Koffer des Dienern, damit sie der Diener mit anderen Schriftstücken verpacken sollte. Dieser hat jedoch einige Sachen aus dem Koffer genommen und mit Genehmigung seines Herrn sich angeeignet und aufbewahrt. Daran geht hervor, daß die Briefe ganz ungewöhnlichen Inhalts sind. Der betr. Diener hat in seiner Einnützigkeit und in argloser Unacht seinem Freunde Ginzpeter einige Briefe geschenkt, und dieser hat sich mit diesen Schriftstücken dem Publikum gegenüber geäußert. Das ist der einfache Sachverhalt. Wichtige Briefe und Dokumente sind weder gestohlen noch abhanden gekommen.

Deutsches Reich.

— (Zum Fall Janko.) In der letzten Hauptversammlung des Verbandes der Freunde evangelischer Freiheit in Köln erklärte Prof. Dr. Geißler zum Fall Janko, es sei noch nicht abzusehen, wie er sich weiter entwickeln werde. Es sei möglich, daß er wieder einschläfe, er könne aber auch zu weiteren Konsequenzen, vielleicht gar zu Katastrophen führen. Pflicht der Freunde evangelischer Freiheit sei es, in diesem Falle, wie auch in der Frage des bedrohten freien Pfarrwahlrechtes auf dem Platze zu sein.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 27. Februar 1908.

Ernannt wurde Steuerkommissarassistenz Ferdinand Dopauer bei dem Groß-Steuerkommissar für den Bezirk Rastatt zum Residenten unter Zuweisung an die Katasterkontrolle Abt. 3, Resident Heinrich Eichhorn bei der Katasterkontrolle Abt. 2 zum Steuerkommissarassistenz unter Zuteilung an den Groß-Steuerkommissar für den Bezirk Rastatt.

Personalien. Schupmann Josef Klein hier wurde eintägig angefaßt. Schupmann Johann Engelmeier hier wurde auf Ansuchen aus dem Staatspolizeidienst entlassen. Verlegt wurde Schupmann Max Keller hier an Gr. Bezirksamt Rastatt.

Domikus Edmund Bärlich, das langjährige hochverdiente Mitglied unseres Hoftheaterorchesters, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Herr Bärlich ist mit der hiesigen Bürgererschaft durch sein berufliches Wirken so eng verknüpft, daß es auf die Verabschiedung, die dem beliebten alten Herrn überall entgegengebracht wird, keines besonderen Hinweises bedarf. Aber bei dieser Gelegenheit muß doch wieder festgestellt werden, daß Herr Bärlich, einer der treuesten seiner Kunst, über 30 Jahre eine Säule unseres Hoftheaterorchesters war. Erst vor einigen Monaten hat er seinen Platz an einen anderen abgetreten, ohne aber seiner Kunst, die ihm über manche trübe Stunde hinweggeholfen hat, völlig zu entsagen. Möge Bärlich, dem das höchste Geburtagelob durch die Nachwelt zuteil wurde, daß sein Sohn vom 2. zum 1. Konzermeister des Dresdener Hoftheaters avanciert sei, noch recht frohe Tage mit der gleichen Frische des Geistes und Körpers erleben.

Der Verein für Frauenstimmrecht hielt gestern Abend im „Hotel National“ einen Diskussionsabend ab, bei dem Herr Oberlehrer Scheel über das Reichsvereins-

Reise von interessanten und literarischen Bekanntschaften vermittelt hat, brachte die deutsche Uraufführung des Schauspiels „Die Witwe“ von Renato Stumeni, einem jungen venetianischen Autor. Die geringfügige Dandlung mutet wie ein dünner zweiter Aufzug des Schiller'schen „Verdacht“ an und auch in dramatischer Hinsicht ist das Stück nicht sehr robust. Aber es hat einen starken Stimmungsgehalt, der den ersten Dichter verrät, dessen Domäne freilich eher die Lyrik oder die Novelle zu sein scheint.

Freude Namen auf allen Seiten. Einen dänischen Autor Walter Christmas, lernte man an einem literarischen Abend im Lustspieltheater kennen, wo die vierspaltige Komödie „Eine Petition“ gegeben wurde, die in Kopenhagen ein beachtliches Quäntal sein soll, was man bei der Wiener Premiere nicht recht begriffen hat. Alle literarischen Erwartungen, die man an ein nordisches Stück unmittelbar knüpft, sind ziemlich enttäuscht worden. Es fehlt alles Skandinavische und Aparte, alles Reine und Stimmungsvolle; es macht sich dafür eine internationale Durchschnittsmäßigkeit breit. Diese Komödie ist bald französischer Schwan, bald Schönlenslustspiel, dann plötzlich Eiferjuchtsdrama und zum Schluß erst wird die satirische Absicht des Autors sichtbar, die Spitze wider Aristokraten- und Herrenmoral. Darin mag auch die Erklärung für die große Wirkung zu finden sein, die das Stück in seiner Heimat hat, während es hier noch einigen Aufführungen verstand.

Fremde Namen auf allen Seiten. Das Deutsche Volkstheater verdankt ihnen seine größten Erfolge. Zum Beispiel Henri Bernsteins neue Komödie „Simson“, deren deutsche Uraufführung Anfangs Februar hier stattgefunden hat und zwar auf Veranstaltung der Schauspielerin Cloire Wollentine, die das Stück in Paris sah, erwarb, von Rudolf Lothar, dem geschickten Bernsteins-Übersetzer, bearbeitet ließ und nun die Hauptrolle darin spielt. Inhalt und Art der neuen Komödie hörten noch von der Berliner Premiere in Erinnerung sein. Es ist womöglich noch brutaler, noch theaterkräftiger als „Baccarat“ und „Der Tisch“ und die brutalsten Instanzen spielen darin auch wieder die Hauptrolle: Liebe und Hunger, das Weib und die Börse — Dinge, die jeden

gefes und die Frauen“ referierte. Die Vorlesende des Vereins, Frau Wolff-Jassé, eröffnete den Abend mit begrüßenden Worten, in welchen sie darauf hinwies, daß die Vorstandschaft beschlossen habe, durch die Veranstaltung von Diskussions-Abenden die Frau in die Politik einzuführen. Sie ertheilte hierauf dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag. Herr Scheel warf zunächst einen historischen Rückblick auf das Vereinswesen im Mittelalter, auf das Junst- und Gildewesen und besprach dann den neuen Entwurf eines Reichsvereins-Gesetzes. Daß man den Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht gibt, ist eigentlich die vorläufig letzte Etappe auf dem Steigebuge, den der Gedanke der Demokratisierung in unserem Jahrhundert gemacht habe. Man habe bisher eigentlich nur eine Männerdemokratie gehabt, obwohl der Grundgedanke der Demokratie auch für die Frauen bestehe. Gründe dafür, daß die Frauen bisher vom politischen Leben ausgeschlossen werden mußten, lassen sich kaum nachweisen. Die Frau mag heute viel mehr ins öffentliche Leben hineinkommen, wenn sie ein gleichwertiges Glied des Staates sein soll. Redner streifte alsdann die Stellungnahme der Parteien im Reichstag zu dem Entwurf. Bezüglich der Vorteile und Nachteile des Entwurfs sprach sich der Vortragende dahin aus, daß die Vorteile die Nachteile überwiegen. Gegenüber Baden und Württemberg liegt der Nachteil darin, daß die Angehörigkeit und die Ueberweisung der Versammlungen eingeführt wird. Den Frauen werde durch das Gesetz die Möglichkeit zur politischen Selbstbetätigung gegeben. Man habe alle Veranlassung, sich darüber zu freuen, schon vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus. Eine Frau zu haben, die für Politik Verständnis hat, eine Mutter zu haben, die ihrem Sohne politische Belehrungen erteilen kann, Tochter zu haben, die auch über öffentliche Angelegenheiten ein Wort mitzusprechen vermögen, sei ein kultureller Fortschritt. Das Gesetz sei zu begrüßen im Interesse der Frauen und der Veredelung unseres ganzen Volkslebens. (Beifälliger Beifall). Die Vorlesende, Frau Wolff-Jassé, dankte dem Vortragenden für seine interessanten Ausführungen und betonte, daß man doch den moralischen Gesichtspunkt festhalten müsse, daß eine Beschränkung eines gewissen Teils des Volkes, wie er in Paragraph 7, der sich vornehmlich gegen die Polen richtet, zulage tritt, von den Frauen nicht gebilligt werden könne. Herr Dr. Weingart sprach sein Einverständnis aus mit den Ausführungen des Referenten und bemerkte, daß wir in Baden und Württemberg von dem Gesetz direkt keine Vorteile haben; aber immerhin sei es zu begrüßen, daß man durch den Entwurf ein einheitliches Recht im Deutschen Reich bekomme. Weiter sei es als ein Fortschritt zu begrüßen, daß auch im übrigen Deutschland die Frauen die gleichen Rechte bekommen, wie man sie ja in Baden schon besitze. Sollte der Entwurf schließlich fallen gelassen werden, so werde ihm auch niemand eine Träne nachsenden. Die Vorlesende, Frau Wolff-Jassé, verlas hierauf eine Eingabe des Badischen Vereins für Frauenstimmrecht an den Landtag, den Frauen auch das kommunalverwaltende Recht zu verleihen. Die Petition wurde einstimmig genehmigt. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten war die angeregte verlausene Versammlung beendet.

Wahlfahrtslotterie. Ziehung 25.—29. Febr. (3. Ziehungstag 27. Febr.) Nr. 37 234 M. 25 000, Nr. 366 916 M. 5000. — (Mitgeteilt von dem Lotteriegesellschaft Moriz Herzberger.)

Kor der Stoffsammer wurde heute vormittag die Verhandlung gegen die Wirkstätte Geiger und Kofler zu Ende geführt. Das Urteil lautete wegen fahrlässiger Beschädigung und verletzender Verleumdung auf 6 Monate Gefängnis und Publikationsstrafe.

Das Messer. Der Schlosser Adam Röder aus Bad. Haujen und der Schmied Ernst Wilhelm Schmiel von Niesau, beide wurden am 26. November d. J. wegen Verletzung der Götze aus der Wirtshaus „zum neuen Storch“ in J. I. gemiessen. Der Donksknecht Strich suchte dem Verbote mit einem Portenschwanz nachzugeben. Schmiel entließ aber draußen auf der Straße dem Hausbesitzer das Instrument und es erfüllte nun seine Zweckbestimmung an ihm selber. Während dieser Prügelei kam Röder mit einer Messer und brachte dem Hausknecht zwei schwere Stichwunden, eine in den Kopf und eine in die Brust bei. In Rücksicht darauf, daß er gar keine Ursache zu einer solch rohen Handlungswiese hatte und schon sehr oft und schwer wegen Arbeitsschulden bestraft ist, beantragte das Schöffengericht den Angeklagten Röder zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Schmiel kam mit einer Geldstrafe von 200 Mark davon. — Der Maschinenkasseler Konrad Stelzhammer aus Bins brachte in der Nacht zum 10. Februar ds. J. in der Wirtshaus zur Hofwalle in der Hofstraße dem Hofenarbeiter Karl Wolf einen Stich mit einem Dolche in den linken Unterarm bei. Der Wirt brachte den unantastbaren Verurteilten nicht allein vor die Türe und Wolf griff dann zu, was der Überprüfliche mit einem Stiche beantwortete. Das Schöffengericht billigte ihm 3 Monate Gefängnis, wovon 14 Tage der Untersuchungshaft abgehen.

Zufacher haben und zum Mitgehen zwingen, selbst dort, wo Henri Bernsteins unwohl und mühselig wird, wie am Schluß, wo aus den Reinen des finanziellen Knochens ein neues Geplänkel emporblüht. Das Publikum verhielt sich wie bei allen Bernsteinspremierer völlig wehrlos, geknebelt und gelockert gegenüber diesen rücksichtslosen gewaltigen Routinieren und das Ganze läßt eine außerordentliche Wirkung, zumal noch dem dritten Akt, nach der greichen Wörtern, Eiferjuchts- und Würgerei.

Einen noch stärkeren und jedenfalls berechtigteren und erfreulicheren Erfolg hatte diese Bühne mit der deutschen Uraufführung des dreispaltigen Spiels „Der Teufel“ von Franz Wolmar, einem jüngeren ungarischen Schriftsteller und Journalisten. Aus dem literarischen Ungarn ist schon lange nichts so Originelles und Geistreiches gekommen, allerdings auch schon lange nichts, das das nationale Gepräge so wenig trägt, wie dieses Stück, das ganz im lebendigen Stille Oscar Wilde's und Bernhard Schönd's gehalten ist. Die Fabel ist das Impasse und allseitliche, was man sich nur denken kann; die auf drei Akte verteilte Vorbereitung zu einem Ehebruch. Das Geistreiche und Originelle daran ist aber die Einführung des leidenschaftigen Teufels, ein Teufel, dem nichts Menschliches und Weibliches fremd ist und der auch die Gestalt einer sehr modernen und mondänen Herrin angenommen hat. Nichts ist an ihm mehr satanisch als das rote Selbstgefällige seines eleganten Bräutigams und als seine Absichten, die Freude am Bösen und Günstigen. Dies ist nämlich seine Rolle in dem eigenartigen Ehebruchstück: alle heimlichen und schändlichen Instanzen, Begierden und Gedanken, alles Verlogene und Heuchlerische, das zu einem Ehebruch erforderlich ist, wird durch ihn verkörpert und ausgedrückt. Dadurch wird dieser Teufel allerdings zur Hauptrolle, und die eigentlichen Figuren der Handlung, die Menschen, verbleiben ein wenig neben ihm. Aber trotz dieser und anderer dramatischer Schwächen läßt das Stück bei eifriger Darstellung eine große Wirkung, und so kann sich schließlich in der Zeit österreichischer Unverschämtheit der gute Patriot wenigstens eines ungarischen Erfolges freuen.

\* Verhaftet. Valentin Kozel, der vor einiger Zeit die Einkaufsbüchse in Frankenthal legte und nach seiner Verhaftung in Mannheim ausbrach, ist in Köln am vergangenen Samstag ergriﬀen worden. Er hielt sich dort unter dem falschen Namen Valentin Wittich auf. Der andere Einbrecher, der Schlosser Rodolf Simon, konnte noch nicht ermittelt werden.

\* Konkurs. Ueber den Nachlaß des am 28. November d. J. in Mannheim verstorbenen Kaufmanns Karl Zimmermann, gewesenen Inhabers der Firma Gebr. Zimmermann, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Ordrichter Theodor Michel ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. März anzumelden. Prüfungstermin: Samstag den 21. März.

### Badischer Landtag.

(Von unserem Korrespondenten Bureau.)

2. Kammer. — 38. Sitzung.

Karlsruhe, 27. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9 Uhr 40 Min. vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Freiherr v. Bodman und Regierungskommissär. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialberatung über das Budget des

#### Ministeriums des Innern.

Eingelassene Petitionen: 1. des Gemeinderats Lohmooß um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementar-Unterrichts-Gesetzes; 2. des badischen Rotarvereins, des Vereins der Steuerkommissäre, der Oberbehörde an der Hochschule in Freiburg, des Landesvereins badischer Schaffner, des Magazinverwalters Roe in Dürreim, der Leiter für Zentralschulen in staatlichen Gebäuden, des Vereins badischer Forstbediensteter (Forstwärter, Domänen-, Gemeinde-, Körperhaltungsbediensteter und Jagdwarte), der Güter- und Gartenbesitzer 1. Klasse, zur neuen Gebietsordnung; 3. einer Anzahl von Beamten in St. Blasien, das Wohnungsgeld betr. Uebergeben von dem Abg. Blümmel.

Die Spezialberatung beginnt bei Titel IX der Ausgabe (Bezirksverwaltung und Polizei). In Verbindung mit diesem Titel steht die Begründung und Beamtung der Interpellation Wanschbach u. Gen.: Die Interpellation lautet:

„Ist der großh. Regierung bekannt, daß durch die in allen größeren Städten des Landes befindlichen

#### Warenhäuser

die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden des Landes in ihrem Geschäftsbetrieb auf das Schwerste benachteiligt und in ihrer Existenz bedroht werden?

Ist der großh. Regierung bekannt, daß die im Großherzogtum bestehende Warenhaussteuer völlig unzulänglich ist, dieser ruinösen Konkurrenz der Warenhäuser wirksam vorzubeugen?

Gedenkt die großh. Regierung einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den eine obligatorische Staatssteuer zur wirksamen Erfassung der Warenhausbetriebe eingeführt wird?“

Abg. Schmidt-Bretten (W. d. L.)

begründet die Interpellation. Wegen die Warenhäuser sind die kleinen Geschäfte trotz aller Intelligenz nicht imstande, aufzukommen. Auch die Arbeiter und Handlungsgesellen sehen in den Warenhäusern ihren Feind. Die Steuerzahler haben gleichfalls ein Interesse daran, daß die Warenhäuser nicht in diesem Umfange weiter bestehen. Selbst wenn nur der gewerbliche Mittelstand unter den Warenhäusern litte, hätte der Staat die Pflicht, die Warenhäuser zu bekämpfen. Der Mittelstand zwischen Großkapital und Proletariat muß erhalten bleiben. Auch die ein Interesse daran haben, das freihändlerische Wahlrecht zu erhalten, müssen auf die Seinerhaltung des Mittelstandes hinarbeiten. Zur Bekämpfung der Warenhäuser schlagen wir vor, daß die Verkaufsträume dieser Häuser in den beiden unteren Stockwerken untergebracht werden, und daß die Warenhaussteuer in solcher Höhe normiert wird, daß es unmöglich ist, diese Steuer auf den Fabrikanten abzuwälzen. Es ist diese Steuer keinesfalls eine Erdrosselungssteuer. Wird unsere Umsatzsteuer in Baden nicht erhöht, so werden die Erdrosselungen die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker sein. Die Bestimmung sollte wegfallen, daß die Umsatzsteuer 10 pCt. des gesamten Umsatzes nicht übersteigen solle. Auf dem Lande sollte die Umsatzsteuer schon früher beginnen als in den Städten. (Beifall bei den Konserverativen.)

#### Minister Frhr. v. Bodman:

Die großh. Regierung verkennt nicht, daß die Warenhäuser in der Tat eine Schädigung und Gefährdung des Kleinhandels und des Kleingewerbes zur Folge haben. Aber sie glaubt, daß die Wirkungen der Warenhäuser in dieser Beziehung doch nicht überschätzt werden dürfen. Jedenfalls sind die Warenhäuser nicht die einzige Ursache für den Rückgang des Kleingewerbes und des Kleinhandels. Es liegen eine Reihe von anderen Ursachen vor. Als Beispiel will ich anführen den Wettbewerb der zohireichen, vielfach über das Bedürfnis hinausgehenden, gleichartigen Betrieben des Kleinhandels und Kleingewerbes untereinander (Sehr richtig!); ferner der Wettbewerb größerer Detailgeschäfte, die nicht unter den Begriff des Warenhauses fallen, und die auch der Vorteile des großkapitalistischen Unternehmens sich erfreuen. Endlich aber wirken doch auch alle Ursachen mit beim Eingehen mancher dieser Kleinbetriebe, die auch früher gewirkt haben; Unglücksfälle aller Art, auch mangelhafte Befähigung, Fehler im Betriebe. Diese letzteren Ursachen wirken bei dem gesteigerten Wettbewerb und bei der damit gesteigerten Schwierigkeit, sich im Kampfe um das Dasein zu erhalten, in gesteigertem Maße fort. Es erfordert heutzutage eine größere Kraft, ein kleines Geschäft zu leiten als früher, wo dieser Wettbewerb nicht in dem Maße stattgefunden hat. Immerhin ist der Rückgang des Kleingewerbes und Kleinhandels nicht zu leugnen, und er ist zu beklagen von den Gesichtspunkten aus, die der Herr Interpellant in seiner Begründung hervorgehoben hat. Man hat ja deshalb auch Mittel zur Abhilfe gefunden. Die Regierung im Einvernehmen mit den Ständen hat solche Mittel ergriffen, und eines dieser Mittel ist die Warenhaussteuer. Nur eines dieser Mittel, die anderen Mittel liegen auf anderem Gebiete, sie liegen auf dem Gebiete der gewerblichen Vorbildung, es sind in dieser Beziehung ja auch Vorschläge in unserem Voranschlage enthalten, sie liegen

dieser Beziehung enthält unser Voranschlag eine neue Anforderung. Nun, was die Warenhaussteuer betrifft, so hat man doch von vornherein weder bei der Regierung noch bei den Ständen zu große Hoffnungen auf diese Steuer gesetzt. Man war sich darüber einig, daß diese Steuer nicht etwa bestimmt sein soll, die Warenhäuser zu unterdrücken. Das würde einmal ein ungerechtfertigter Eingriff in das Erwerbseben gewesen sein, und es würde verkannt haben, daß die Warenhäuser neben vielen Nachteilen doch auch manche Vorteile haben. Sie sind ein natürliches Ergebnis unserer Entwicklung. Sie wirken auch günstig auf die Preisbildung; vielfach wirken sie ja ungünstig, aber daneben wirken sie auch gegenüber ungesunden Preisen günstig auf die Verbilligung und sie eröffnen der großen Masse der Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Einkäufe für die verschiedensten Bedürfnisse an einem und demselben Ort unter großer Zeitersparnis zu machen. Diese Vorteile sind nicht zu verkennen. Die Warenhaussteuer hat also nicht beabsichtigt, die Warenhäuser zu beseitigen, sondern sie hat beabsichtigt, dem Kleingewerbe und Kleinhandel den Wettbewerb zu erleichtern, das Uebergewicht der Warenhäuser zu mildern, indem sie einen steuerlichen Ausgleich schaffen wollte dafür, daß die Warenhäuser in dem System unserer Gewerbebesteuerung nicht entsprechend ihrer durch den so sehr beschleunigten Umsatz der Kapitalien so sehr erhöhten steuerlichen Leistungsfähigkeit erspart werden. Das war der Zweck der Warenhaussteuer. Ob nun dieser Zweck erreicht worden ist, oder ob das nicht der Fall ist, wie die Herren Interpellanten annehmen, das zu beurteilen, ist, glaube ich, die Zeit, seit welcher dieser Steuer besteht, doch zu kurz. Immerhin sprechen einige Anzeichen dafür, daß eine gewisse hemmende und damit ausgleichende Wirkung der Steuer doch eingetreten ist. Außerdem aber entspricht auch die Gemeindesteuer gewissen Anforderungen die von den Interpellanten gestellt werden, vor allem ist die Gemeindesteuer ja auch obligatorisch, der Steuerart ist gesetzlich festgelegt, er ist also der Einwirkung der Gemeindegewalt entzogen. Will man die Steuer erhöhen, so kann man das auch im Rahmen der Gemeindesteuererhebung tun, man braucht deshalb keine Staatssteuer. Die Regierung ist aber nicht der Ansicht, daß jetzt eine derartige Erhöhung im Rahmen der Gemeindesteuererhebung ins Auge zu fassen sei. Einmal erzieht doch schon die Rücksicht auf die getroffenen Gewerbezeuge, da man Steuererhöhungen innerhalb der kurzen Frist von wenigen Jahren wieder ändern, dann aber fällt die Regierung auch den derzeitigen Satz der Warenhaussteuer für angemessen, wenn man berücksichtigt, welche sonstigen Leistungen die betr. Geschäfte an Steuern und Umlagen aufzubringen haben. Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß durch das Vermögenssteuergesetz das gemehrte Vermögen der größeren Warenhäuser erheblich stärker als bisher zur Staatssteuer und zu den Gemeindefinanzleistungen herangezogen wird, während andererseits die Steuerwerte kleinerer und mittlerer gewerblicher Betriebskapitalien eine Entlastung erfahren haben. Deshalb hält die Regierung den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Aenderung der Gesetzgebung über die Besteuerung der Warenhäuser nicht für geeignet.

#### Abg. Krüger (Soj.)

erinnert an den Vortrag vor zwei Jahren, bei welchem der Abg. Sed mit dem Minister Schaf aneinander geriet, weil dieser es den Schulpflichtigen unterzogen wollte, daß sich diese mit ihren Beschwerden an die Sozialdemokratie wenden. Bei einer Rede an die Schulpflichtigen in Freiburg hat der Ministerialrat Schaf folgendes geäußert: „Die Schulpflichtigen in Freiburg sind verlobt von oben bis unten, und wenn ich einen Schulpflichtigen finde, der sich an einen Sozialdemokraten wendet, den werfe ich hinaus.“ Das ist eine Beleidigung, dadurch wird der Respekt der Schulpflichtigen nicht gefördert. Nebenher spricht dann über die Verletzung des Polizeikommissärs Reimling von Freiburg nach Karlsruhe. Reimling war Herr Schaf nicht streng genug, seine Verletzung von Freiburg nach Karlsruhe war eine Jurisdiktion. Seit dieser Zeit hat Reimling getränkele; in der Freiburger Bevölkerung ist die Meinung allgemein, daß Ministerialrat Schaf den Tod Reimlings auf dem Gewissen habe. Die Verletzung soll auch geschehen sein, um den bei Herrn Schaf sehr beliebten Kommissar Krüger auf den Freiburger Posten zu bringen. In der Vorlesung heißt es wohl, daß nur begründete Anzeigen gebracht werden sollen, allein der Polizeikommissar in Freiburg hat zu seinen Schulpflichtigen gesagt: „Nur immer braut mit der Wilschürze.“ Nebenher kritisiert eine Reihe von Verletzungen von Schulpflichtigen, die wegen geringfügigen Vergehens in hohe Geldstrafen genommen worden seien. Als sich ein Schulpflichtiger beim Landeskommissar beschwerte, habe dieser ihn an: „Halt! Sie das Maul! Sie haben ja schon ganz disziplinäre Augen!“ (Beifall.) Allerdings hat ja auch Ministerialrat Schaf zu den Schulpflichtigen gesagt: „Die Schulpflichtigen können sich im Ministerium beschweren; Vorteile haben sie davon nicht.“ (Ruf des Ministerialrats Schaf: Unwahr.) Es ist ja auch bezeichnend, daß in der Schulpflichtigen ein so großer Wechsel stattfindet, und daß sich diesem Dienst immer weniger Bedenken zuzuwenden. Der 24 Stunden Dienst ist bei den Schulpflichtigen nicht beliebt, weil von einer selbständigen Arbeit keine Rede sein kann. Auch die ärztliche Behandlung der Schulpflichtigen läßt zu wünschen übrig; die beiden Bezirksärzte in Freiburg sind nicht weiter gewesen als ärztliche Staatsbeamte. Die Schulpflichtigen sollen in der Anzahl der Verate nicht eingeschränkt werden. Die Personalkosten über die Schulpflichtigen in Freiburg wachsen zu Höhen an, ohne daß die Schulpflichtigen das Recht haben, in diese Kosten Einsicht zu nehmen.

Der Präsident stellt an der Hand des Stenogramms fest, daß der Abg. Krüger erklärt hat, in Freiburg seien Stimmen laut geworden, daß den Tod Reimlings der Ministerialrat Schaf auf dem Gewissen habe. Ich habe einen solchen Ausdruck nicht vereinbar mit der guten Sitte des hohen Hauses und rufe deshalb den Abgeordneten zur Ordnung.

#### Minister Frhr. v. Bodman:

Ich bin dem Herrn Präsidenten dankbar, daß er den einen Punkt aus der Rede des Abg. Krüger in der nötigen Weise erledigt hat. Ich will mich Ausführungen über diesen Punkt enthalten; ich muß aber vom Fall Reimling noch ein paar Worte sagen zur Klärung und Wahrung. Es ist sehr peinlich von einem Verstorbenen sprechen zu müssen. Der Herr Abgeordnete nötigt mich aber dazu. Der Herr Kommissar Reimling ist von Freiburg verlegt worden, weil er sich bei diesen guten Eigenschaften der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat. Der Abgeordnete hat selbst gesagt, er sei zu gut gewesen. Die Schulpflichtigen in Freiburg hat zu Klagen Anlaß gegeben, nicht nur dem Bezirksamt, sondern auch dem Staatsanwalt, den Gerichten und dem Publikum. Es sind Klagen laut geworden über mangelnde Sicherheit in der Umgebung von Freiburg. Dem Grund dieser Klagen ist der Ministerialrat nachgegangen und hat gefunden, daß eine Reform an Haupt und Wiedern nötig sei. Der Tod Reimlings ist auf eine Lungenerkrankung zurückzuführen. Wenn die Gemütsbewegung Reimlings über seine Verletzung dabei beteiligt war, so mag das sein; aber die Tatsache, die zu dieser Gemütsbewegung führte, war auf dessen Tätigkeit selbst zurückzuführen. Seine Beliebtheit bei der Bürgererschaft hängt wohl mit seinem vielen Verkehr mit der Bürgererschaft in Wirtschaften und seinen Lebensgewohnheiten zusammen. Der Minister geht dann auf die übrigen Beschwerden des Redners ein. Der Redner hat bemängelt, daß auf dem Landbureau in Freiburg der Spudnapf fehlt. Ich weiß nicht, warum das Publikum kein Spudnapf benötigt nicht vor dem Landbureau besitzlich. (Beifall.) Dann aber weiß ich nicht, inwiefern diese Spudnapfe mit der Schulpflichtigen in Verbindung gebracht werden können. Was die eine Aenderung des Ministerialrats Schaf angeht, so hat er nur gesagt, daß es beabsichtigt sei, daß Klagen der Schulpflichtigen von sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebracht werden, und daß solche Schulpflichtigen bestraft oder schließlich entlassen werden müßten; das ist der Standpunkt meines Vorgängers.

Ich bin auch der Ansicht, daß es bedauerlich ist, wenn sich Beamte mit ihren Klagen an Abgeordnete wenden, welche Klagen im Wege der Mißsprache mit ihren Vorgesetzten erledigt werden könnten, und ich halte es für besonders bedauerlich, wenn sich die Beamten an sozialdemokratische Abgeordnete wenden. Ich halte das solange für bedauerlich, solange sich die Sozialdemokratie nicht auf die Bahn beschränkt, die der Abg. Kolb hier vorgezeichnet hat. Wenn ich hier gesagt habe, ich hoffe, daß sich die Mitte des Revisionismus entwickeln wird, so habe ich damit keine Sympathie mit der Sozialdemokratie oder mit dem Revisionismus ausdrücken wollen. Ich halte es für bedauerlich, wenn ein Beamter sich mit seinen Beschwerden an einen Abgeordneten wendet, weil ein solches Vertrauensverhältnis zwischen Beamten und Vorgesetzten bestehen sollte, daß derartige Beschwerden unnötig sind. Wenn freilich solche Dinge vorkämen, wie sie von Freiburg berichtet werden, so wäre es allerdings nachlässig, wenn sich die Schulpflichtigen an einen Abgeordneten wenden. Das Petitionsrecht der Beamten besteht nur dafür, daß sie sich an die Kammer wenden. Der Beschwerdeweg steht einem Beamten nach der Verfassung nur dann zu, wenn seine Beschwerde auf dem Instanzenweg keinen Erfolg gehabt hat. Ich habe gar keinen Anstand genommen, auf alle Beschwerden, die hier von den Abgeordneten vorgebracht worden sind, näher einzugehen, und ich bin dazu bestimmt worden, weil ich aus den Beschwerden den Eindruck gewonnen habe, daß nicht überall das Vertrauen besteht, das bestehen sollte, und weil ich glaube, daß auch manchmal Grund zu solchen Beschwerden besteht. Vorläufig bin ich noch der Ansicht, daß man die Schulpflichtigen nicht bestrafen kann, wenn sie sich an sozialdemokratische Abgeordnete wenden.

Der Herr Ministerialrat Schaf bestreitet auch die Aenderung, daß die Freiburger Schulpflichtigen der Lohdort sei von oben bis unten. Er hat nach seinen Erklärungen nur gesagt, daß die Freiburger Schulpflichtigen diejenige sei, die die schlechteste Führung im ganzen Lande aufweise. Das ist allemal richtig, und die Feststellung lag auch durchaus in der Befugnis wie auch in der Pflicht des Beamten. Im Dienste ist es den Schulpflichtigen verboten, in die Wirtschaften zu gehen. Die Befragungen, die deswegen in Freiburg ergangen sind, haben allerdings auch wir zu hoch gefunden und deshalb eine entsprechende Verfügung hinausgegeben, die zeigt, daß sie nicht das Werk eines Bureaucraten, sondern eines humanen Vorgesetzten und Menschenfreundes ist. (Beifall.) Wenn der Landeskommissar zu einem Schulpflichtigen gesagt hat, er habe disziplinäre Augen, so wird er wohl solche gehabt haben. (Beifall.) Es wurde bemängelt, daß die Regierung in der Kommission gesagt hat, an der geringeren Qualität des Schulpflichtigen sei die zweijährige Dienstzeit schuld. Mit solcher epoptischer Sicherheit haben wir das nicht gesagt. Aber die zweijährige Dienstzeit hat doch zu einer großen Ausnutzung der Unterrichtsleiter geführt, wobei der Schulunterricht dieser Unterrichtsleiter nicht mehr so pﬂeglich behandelt werden kann. Der Minister sagt dann eine nachmalige Prüfung des 24 Stunden Dienstes zu. Wenn der Abg. Krüger von den Bezirksämtern als von ärztlichen Staatsbeamten geäußert hat, so muß ich gegen eine derartige Herabsetzung eines ganzen Standes energische Verwahrung einlegen. Wenn die Schulpflichtigen über die Verträge zu beschweren haben, so sollten sie sich zunächst bei ihren Vorgesetzten beschweren. Was die Konditionen betrifft, so habe ich angeordnet, daß, wenn etwas Ungünstiges über einen Beamten berichtet wird, das auch dem betreffenden Beamten mitgeteilt werden soll. (Bravo.) Es wird das als Grundlos im ganzen Beamtenkörper hinsichtlich gelten. (Bravo.) Der Minister geht sodann noch auf weitere Beschwerden ein.

#### Präsident Fehrenbach macht hierauf einige Mitteilungen über

#### die Geschäftslage der Kammer.

Man halte heute bereits die achte Sitzung über das Budget des Ministeriums des Innern. Er habe geglaubt, das Budget in 9 Sitzungen erledigen zu können. Es seien aber jetzt schon 26 Redner zur Spezialdiskussion gemeldet. Es sei deshalb unmöglich, heute und am Samstag das Budget zu erledigen; es müßte darum noch eine Sitzung am morgen nachmittag angelegt werden. Der Präsident bittet anstelle der epischen Dreihe die dramatische Kürze zu sehen.

#### Abg. Reimling (Soj.)

Immer noch teilweise nur schwer verständlich vertritt eine wirksame Schulpflichtigenfürsorge. Hier sollten Staat, Gemeinde und die privaten Vereinigungen zusammenwirken. Eine weitere Hauptaufgabe sei die Belehrung, die auf den verschiedenen Gebieten vorgenommen werden könne. Notwendig sei die Ueberwachung der Ziehlinge.

#### Abg. Blümmel (Soj.)

steht der geschaffenen Warenhaussteuer sympathisch gegenüber. Vor einer weiteren Erhöhung dieser Steuer seien jedoch weitere Erhebungen nötig, da man den Warenhäusern die Existenz nicht absprechen könne. Die Sonntagstruhe dürfte nicht Kassenloshalt durchgeföhrt werden.

Vizepräsident Heimbürger übernimmt den Vorsitz.

Hg. Vogel (Drs.):

Der größte Nachteil für die kleinen Geschäftslente besteht darin, daß sie immer wieder nach Staatshilfe suchen. Das erschließt nur die Leute. Die wirkliche Abhilfe muß aus ihren eigenen Reihen kommen, durch Selbsthilfe und Zusammenschluß. Die Erhebung der Warenhaussteuer wird den kleinen Geschäftslenten nicht nützen; im Gegenteil das Warenhaus müßte dann seinen Umsatz zu erweitern suchen. Die Handwerker könnten schließlich mit gleichem Recht verlangen, daß die Großindustrie besonders besteuert wird. Es ist falsch, daß in der Nähe der Warenhäuser die Läden nicht vermietet werden könnten; das Gegenteil ist der Fall. Ein Fehler der kleinen Geschäftslente ist oft der, daß sie ihre Geschäfte erweitern, ohne dazu die nötigen Kapitalien zu haben. Das Warenhaus ist eine Notwendigkeit, es ist ein Produkt der heutigen Geschäftsverhältnisse. Die Warenhäuser haben auch bereits ihr Gutes gewirkt, indem die kleinen Gewerbetreibenden zu höherer Energie angeeifert worden sind. Die kleinen Geschäfte sollten ihre Kunden wie in den Warenhäusern gleichmäßig bedienen. Heute kommt es nur zu oft vor, daß die sog. „besseren Käufer“ vor den anderen bevorzugt werden. Das stößt natürlich die anderen Kunden ab. Die Warenhäuser erzielen aber auch das Publikum zur Barzahlung. Der große Kreditbedarf im kleinen Geschäftsleben ist das Hauptproblem gewesen; man ist deshalb hier zum Sparmarkenystem übergegangen. Notwendig ist auch eine Spezialisierung der Geschäfte, wenn diese konkurrenzfähig bleiben sollen. Die besten Kunden der Warenhäuser sind die Landwirte. Hier sollte die Konfektion einziehen. Und wenn unsere Beamten besser gestellt werden, so können wir wohl erwarten, daß sie ihre Einkäufe wieder dem realen Mittelstand zuweisen. Die Gewerbetreibenden sollten sich zu gemeinsamen Einkaufsverbänden zusammenschließen, und sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen.

Was den Polizeihauptmann in Mannheim angeht, so wird uns hier etwas aufstrotzt, was wir garnicht wollen. Wenn auf den nächsten Landtagen wieder lange Debatten über die Mannheimer Polizei geführt werden, so werden wir die Schuld hieran nicht tragen. Der frühere Polizeidirektor von Mannheim war von der Wichtigkeit seiner Maßnahmen vollumfänglich durchdrungen; allein die Mannheimer Bevölkerung wollte eben nicht so sehr als Kinder behandelt werden. Der jetzige Polizeidirektor führt ein milderes, feinsinniges aber ein nachlässigeres Regiment. Hiermit ist auch die Bevölkerung und die Schupmannschaft im ganzen zufrieden. Man sollte mit dem bisherigen System weiter arbeiten und nicht eine Organisationsänderung vornehmen. Auch hat ja unser Polizeidirektor in Mannheim einen „großen Fehler“; er ist nicht Referendarjurist. Da dürfte er wohl mit dem Polizeihauptmann öfters in Konflikt kommen. Wenn die Regierung durchaus einmal den Versuch mit einem Polizeihauptmann machen wollte, so sollte sie doch den Versuch in Karlsruhe machen. Wir werden dem Versuch von Mannheim weidlich zusehen. Die Mannheimer Bevölkerung ist nicht anders geehrt als die Bevölkerung anderer Städte. Man hebe die Stellung des ersten Polizeikommissars, dann wird der Polizeidirektor eine genügende Stütze finden. Begraben Sie den neuen Polizeihauptmann in den Akten des Ministeriums, dann kommen Sie einem Wunsch der Bevölkerung nach.

Hg. Süßhub (Sog.)

Spricht gleichfalls gegen die Anstellung eines Polizei-Hauptmanns in Mannheim. Er begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der die Regierung ersucht, im Falle der Anstellung eines Polizeihauptmanns diesen aus den Kreisen der Verwaltungsbeamten und nicht aus Offizierskreisen zu nehmen. In Betreff der Regierung das Recht, irgend welchen Einfluß auf die hochbehördlichen Rechte ihrer Polizeibeamten zu nehmen. Diese müssen das Recht haben, sich mit ihren Beschwerden an Abgeordnete zu wenden. Wenn Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg Richterämter haben, so ist der Wunsch berechtigt, daß Radolfzeller auch in Mannheim geplant werden.

Hg. Sünge (natl.)

Spricht über die Automobilfrage. Dem Ministerium möchte ich den Dank des Hanauer Landes aussprechen, daß sie die Anordnungen des Reichs Regieramtes als berechtigt anerkannt hat. Die Hannoverer sagen: Bahr sei für den Fortschritt aber nicht so, daß andere Leute dadurch geschadet werden. Der Hg. Sed hat über das Hannoverland geklagt und besonders über Freizeiten, wohl deshalb, weil dort die Sozialdemokratie keine Fortschritte macht. Der Hg. Sed scheint das Hannoverland garnicht zu kennen, obwohl er uns schon verschiedene Male als Kandidat präsentiert worden ist.

Hg. Dr. Schöfer (Str.):

Der Minister hat vorhin sehr prägnant ausgesprochen, daß es ed bedauerlich, wenn sich Beamte an Abgeordnete wenden. Ich kann nicht finden, daß das irgendwas verbietet ist. Natürlich muß erst der Antragszusatz erledigt sein, aber es kann sehr wohl möglich sein, daß sich Beamte wegen Beschwerden an Abgeordnete wenden. Es haben sich auch an mich Schulkollegen mit Beschwerden gewendet. Es wurde mir gesagt, daß die Qualifikation eines Schullehrers abhängig gemacht werde von der Anzahl der beigeordneten Anträge. Der übertriebene scharfe Geist ist erst in Freiburg eingezogen, nachdem der Polizeikommissar Hülzinger von Mannheim nach Freiburg versetzt worden ist.

Hg. Gierich (Konf.)

Spricht für die Warenhaussteuer ein und vertritt Wünsche seines Wahlkreises.

Hg. Kolb (Sog.):

Solche Interpellationen, wie sie heute eingebracht worden sind, entsprechen nicht den Wünschen des Mittelstandes, sondern entsprechen nur einer Agitation und nicht einer sehr gewissenhaften. Oberflächlich kann man nicht über eine wichtige Frage sprechen, als wie dies der Hg. Schmidt-Bretten getan hat. Durch die Warenhaussteuer wird nicht erreicht, daß die Warenhäuser zurückgedrängt werden; es wird nichts weiter erreicht werden, als daß der Konsument besteuert wird und eben, auch der Arbeiter. Man müsse auch einmal in einem Warenhaus gewesen sein; die Warenhäuser sind ja ein Teil von der Organisation der Arbeit und des Verkehrs; das ist gleichwohl die Verwirklichung der Sozialdemokratie im kleinen. Die kleinen Geschäftshändler haben die allermeisten Verdienste, da fällt man am allermeisten herein. Herz kann nur auf genossenschaftlichem Wege gehalten werden. Die Aufstellung, daß durch die Warenhäuser die Proletarisierung gefördert wird, sei völlig irrig. Wenn man die Proletarisierung hindern will, muß man verhindern, daß neue Erfindungen gemacht werden, denn jede Erfindung schafft neue Proletarisierung. Wenn man die Warenhäuser mit solchen Steuern belästigen will, dann muß man auch alle anderen Betriebe besteuern, die den Mittelstand schädigen. Der Herr Minister hat auch Bemerkungen gemacht, die uns Anlaß geben könnten, die Debatte wieder aufzunehmen, die wir vorgestern abgebrochen haben. Ich möchte den Herrn Minister erlauben, den Beweis zu erbringen, daß die Sozialdemokratie sich niemals auf den Bahnen der Ungeheuerlichkeit befindet hat. Alle unsere Anträge auf die Einführung des gleichen Wahlrechts hatten keinen anderen Zweck als Erzeile der Ungeheuerlichkeit zu hindern. Wir sind nicht so töricht zu glauben, daß wir das, was wir erstreben wollen, auf dem Wege der Gewalt erreichen können. Der Minister hat bestritten, daß sich der Ministerialrat Schöfer so äußert habe, wie der Hg. Pröutzer es darstellte; Aber der Ministerialrat Schöfer äußert sich sehr

oft in einer Weise, die mißverstanden werden kann. So hat er z. B. zum Polizeikommissar Reimling gesagt: Sie sind viel zu gut, Sie müssen es so machen wie ich es in Mannheim getan habe; man muß schließlich auch über Leichen hinweggehen. Ministerialrat Schöfer bestritt dies mit einem Lächeln. Die vielen Strafen der Schulente scheinen auf ein System ähnlicher Behandlung zurückzuführen zu sein. Ich möchte bitten, daß man mit diesem System bricht. Wir haben zu dem gegenwärtigen Minister das Vertrauen, daß er solchen Dingen in Zukunft vorbeugt. Die Anzahl der Anträge kann unmöglich ein Maßstab für die Leistung eines Schullehrers sein.

Ministerialrat Schöfer:

Die Unterredung mit dem Polizeikommissar Reimling hat nicht stattgefunden. Ich bitte, den Herrn Hg. Kolb, seine Mittelverton zu nennen, um ihn zu überzeugen, daß er das Votum einer Resolution geteilt hat. Ich habe auch schon in Mannheim Veranlassung gegeben, an der Tätigkeit Reimlings einen Anstoß zu nehmen, aber ich war es doch, der seine Verbesserung durchgesetzt hat; allerdings war ich es auch wieder, der an dessen Tätigkeit in Freiburg Anstoß nehmen mußte und auch seine Veretzung nach Karlsruhe beantragt habe.

Hg. Binz (natl.): Soweit es sich um Auswüchse in den Warenhäusern handelt, bilde unsere Gesetzgebung Handhaben genug, um dagegen anzukämpfen. Ich erinnere an das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb. Im übrigen müssen wir auch hier den Standpunkt der Gewerbetreibenden festhalten. Auch die Warenhäuser unterliegen der progressiven Besteuerung, sind also auch hier sehr hoch besteuert. Wir billigen übrigens die Ausführungen des Ministers. Gegenüber der Anforderung eines Polizeihauptmannes in Mannheim bleiben wir bei der Bewilligung dieser Forderung, auch nach den neuerlichen Ausführungen, die hier gemacht worden sind. Die Zustimmung der Regierung garantiert durchaus den zivilen Charakter der Polizei. Wir sind der Meinung, daß die Beamten sich bei Beschwerden zunächst an die vorgesetzten Behörden zu wenden haben, und erst dann, wenn eine Remedur hier nicht geschafft werden kann, ist der Landtag die Stelle, wo solche Beschwerden vorgebracht werden sollen. Sollen mit Rücksicht auf unsere Geschäfte sollte so verfahren werden. Freilich können wir Beschwerden von Beamten nicht deshalb zurückweisen, weil sie etwa nicht ordnungsgemäß vorgebracht sind. Es ist eine unangenehme Auffassung, die die Sozialdemokratie hervorgerufen hat, daß die Beamten mit den Reichsbeamten nur bei ihr eine gute Stütze finden. Es ist dem früheren Polizeidirektor Schöfer Unbegreifliches vorgeworfen worden, und wir bedauern, daß auch in diesem Landtage derartige Angriffe wiederholt worden sind.

Hiermit wird die Diskussion über den Titel I geschlossen.

Der Antrag Süßhub, welcher verlangt, daß der Polizeihauptmann in Mannheim aus den Reihen der Verwaltungsbeamten und nicht aus den Reihen der Offiziere genommen werden soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schluß der Sitzung: 1/3 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag, den 28. Februar, halb 5 Uhr: Sprechtag der Spezialberatung über das Budget des Ministerium des Innern.

Von Tag zu Tag.

Schwere Bestrafung eines Münchner Kändlers. Petersburg, 26. Febr. Fünfzehn Jahre Zwangsarbeit für eine Karikatur hat der Sohn einer adligen Münchner Bürgerfamilie in Kaschan erhalten. Der junge Künstler, der in München und Berlin die Kunstakademie mit großem Erfolge besuchte, ließ sich vor einiger Zeit in Petersburg nieder, wo er besonders als Karikaturzeichner für Witzblätter bald einen Ruf gewann. Vor einigen Monaten ließ er sich verhaften, für ein nihilistisches Blatt den Jaren zu karikieren und bald nach dem bekannten Künstler Alenat Silber zu zeichnen, in denen die russische Regierung lächerlich gemacht wird. Dieser Tage erhielten die Eltern des Malers die Nachricht, daß ihr Sohn wegen seiner Zeichnungen zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit in den sibirischen Silberminen verurteilt worden sei und sich bereits auf dem Wege dahin befinde.

Selbstmord in einem Hotel. Wien, 26. Febr. In einem Hotel auf dem Alsergrund jagte sich gestern nacht ein junger Mann in einem Zimmer, vor dem Toilette-Spiegel auf einem Stuhl sitzend, eine Kugel ins Herz. Die freiwillige Rettungsgesellschaft fand ihn bereits als Leiche vor. Der Selbstmörder hatte sich als Erich Vellak gemeldet.

Verstümmelter Brunnenbauer. Köln, 27. Febr. Beim Einsturz eines Brunnens wurde infolge plötzlichen Nachgebens des Erdreiches der Brunnenbauer Koeppen, der am kommenden Samstag heiraten wollte, vor den Augen seines Vaters verkrüppelt; er konnte nur als Leiche ans Tageslicht geholt werden.

Bom Juggesprung. Köln, 27. Febr. Aus Schwereit melden die Morgenblätter: Beim Abspringen von einer fahrenden Rangierabteilung geriet der Förster des Bahnhofs unter die Räder; er wurde getötet.

Mordtat eines Knaben. Bochum, 27. Febr. In dem benachbarten Stielgriff ein 12jähriger Schüler im Streit mit seinem gleichaltrigen Vetter zum Messer und nach den Vetter über den Haufen. Der Knabe liegt im Sterben.

Hinrichtung. Stettin, 27. Febr. Der vom hies. Schwurgericht am 27. Sept. 1907 wegen Mordes zum Tode verurteilte Arbeiter Friedrich Zigan wurde heute früh auf dem Hofe des hiesigen Landgerichtsgefängnisses durch den Scharfrichter Schmiech hingerichtet. Zigan hatte den Hpt. Förster Krüger, der ihn im Mai 1907 beim Wildern überraschte, durch Schüsse und Schläge mit dem Flintensolben getötet.

Winter in Oberbayeren. Partenkirchen, 27. Febr. Seit 48 Stunden schneit es ununterbrochen mit wechselnder Driftigkeit, so daß die durchschnittliche Schneehöhe des vorjährigen Winters binnen wenigen Stunden erreicht sein wird. Das Hochwird verläßt bereits die schneefreien Tiefen des Forstes und nähert sich den menschlichen Niederlassungen.

Unfall der Königin. Haag, 27. Februar. Ein vom Prinzen der Niederlande geleiteter Wagen, in dem sich auch die Königin befand, rief mit einem in voller Fahrt befindlichen Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Drei Räder des Wagens brachen. Die Königin und der Prinz blieben unverletzt. Die Königin konnte sich kurz nach dem Unfall zu Fuß ins Palais begeben.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Stellige Kammer.

Darmstadt, 27. Febr. Die Zweite Kammer trat heute wieder zusammen und beriet über den Gesetzentwurf betr. die Rückgehaltverhältnisse und die Versorgung der Hinterbliebenen

der im hiesig-preussischen Gemeinheitsdienst angestellten Staatsbahnbeamten. Finanzminister Gnaath machte hierzu längere Ausführungen und kam nochmals auf die Verhandlungen vom 21. Januar zurück. Der Minister erklärte: Der unfeindliche Ton, der schon öfters in diesem Hause gegenüber dem Gemeinheitsverhältnis geherrscht habe, sei am genannten Tage zu einer solchen Schärfe angewachsen und habe zu so heftigen Angriffen gegen Preußen und die Staatsregierung geführt, daß er, der Redner, jede Verantwortung für die etwa sich ergebenden Konsequenzen ablehnen müsse. Im Namen der Regierung müsse er die über jedes Maß hinausgehende Kritik eines mit einer befreundeten Regierung abgeschlossenen Vertrages und die verletzenden Angriffe gegen die Staatsregierung auf das nachdrücklichste zurückweisen. — Der Gesetzentwurf, sowie ein Antrag (natl.) betr. die Gehalts-, Pensions- und Anstellungsverhältnisse der früheren Beamten der hiesigen Ludwigshafenbahn wurde dann angenommen.

Der § 7 des Reichsvereinsgesetzes.

Berlin, 27. Febr. Die Kommission des Reichstags für das Vereinsgesetz verhandelt über den bisher zurückgestellten § 7 des Entwurfs, den sog. Sprachparagrafen, ohne einen Beschluß zu fassen und vertagte sich dann auf morgen.

Deutschland und England.

London, 27. Febr. Bei der Besprechung der gestrigen Rede des Ministers des Auswärtigen Grew sagt die Westminster Gazette: Im europäischen Konzert sei die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England ein wesentliches Hilfsmittel, das für die gegenwärtige Zeit viel bedeute für die Herstellung des Gleichgewichts in Meinungsverschiedenheiten und in der Eisenbahnfrage auf dem Balkan. — Der deutsche Botschafter äußerte sich gestern abend in seiner Rede auch zu dieser Angelegenheit. England werde errent sein zu hören, die deutsche Regierung besitze ernsthafte Hoffnung, daß gegen die Grenzfragen Schritte getan werden. England glaube, daß die Festigung und der Ausbau der wiederhergestellten guten Beziehungen zwischen England und Deutschland nichts dienlicher sein werde als das aufrichtige einmütige Zusammenarbeiten in dieser Richtung. Deutschland sei augenblicklich in der Lage, einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Das europäische Konzert brauche z. B. einen ständigen Einfluß. Dilem könne kaum besser gebiert werden als durch den Beweis, daß Deutschland und England aufrichtig miteinander verhandeln.

Persten und die Türkei.

Ljubris, 27. Febr. (Pet. T.-A.) Nach den neuesten Berichten aus Wien wird der türkische Truppenteil mit Artillerie Sanitäts Bataillon bis jetzt noch nicht. Mehrere Kurdenführer, die auf dem Wege zum Prinzen Herman waren, um ihm ihre Huldigung darzubringen, lehrten beim, als sie von dem Verbleib des türkischen Truppenteils in Sanitäts Bataillon hörten. Auch der Gouverneur von Sanitäts Bataillon unterdrück seine Reife dahin.

Aus dem Grossherzogtum.

Reichheim-Bammental, 27. Febr. Der Gesangsverein „Sängerbund“ feiert am 19. Mai d. J. sein 40jähr. Stiftungsfest, verbunden mit einem Gesangswettstreit. Es wäre zu wünschen, daß sich zahlreiche Vereine aus Stadt und Land daran beteiligen würden. Von befreundeter Seite wurden viele wertvolle Spenden gesammelt; auch wurde der festgebende Verein von der Gemeinde mit M. 100 und von Ortsfirmen mit Geldbetragen bedacht. Der Festausflug hat beschlossen, in jeder Klasse als erster (1a.) Preis einen Gelbpreis zu stiften. Markt 100, M. 75, M. 60 und M. 40 können erlangen werden. Der Delegiertentag findet am Sonntag den 8. März, nachmittags 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Sonne zur Sonne“ in Reichheim statt.

Karlsruhe, 22. Febr. Der Großherzog, der gleich seinem verstorbenen Vater ein großer Naturfreund und insbesondere ein Freund von seltenen Bäumen ist, hat kürzlich die große kanadische Pappel in Beiertheim, die dem neuen karlsruher Wohnhof zum Opfer gefallen ist, vor ihrer Fällung nochmals besichtigt. Auf Anordnung des Großherzogs haben die Gr. Generaldirektion der Staatseisenbahnen, die Oberdirektion des Wasser- und Straßenaues, die Technische Hochschule und das Ministerium des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten je eine Scheibe des Stammes des gewaltigen Riesens erhalten. Diese Scheiben sollen als Tischplatten dienen. Man kann sich vielleicht einen Begriff von dem Umfang des Stammes der Pappel machen, wenn man erfährt, daß eine derartige Scheibe ein Gewicht von 20-25 Zentner hat. Der obere, unmittelbar unter der Krone beginnende Teil des Stammes der Pappel, in einer Länge von ca. 2 1/2 Meter, wird z. B. auf Veranlassung des Großherzogs hier im botanischen Garten in der Nähe der Bildergalerie aufgestellt und zu einem Blumentisch hergerichtet.

Karlsruhe, 23. Febr. Die Mutter des am 12. ds. Mts. im Rhein als Leiche aufgefundenen Kindes wurde ermittelt und festgenommen.

Platz, Hessen und Umgebung.

Birmans, 24. Febr. In dem gemeldeten Mord- und Selbstmordversuch im benachbarten Herfsherg berichtet die „Zig.“: Nach näheren Erkundigungen spielte sich der Mordversuch des Justizratters Berg gegen Nina Fischer in dem Wohnzimmer der Familie Fischer ab. Berg versteckte sich in der Küche, bis der Vater schlafen war. Das Mädchen nahm die Lampe und wollte gerade in die Küche gehen, als Berg ihr mit einem Revolver in der Hand entgegenkam und auf 5 Meter Entfernung zwei Schüsse auf sie abgab. Das Mädchen wollte flüchten, stürzte aber mit der brennenden Lampe zusammen, die glücklicherweise erlosch. Dann feuerte Berg noch in der Dunkelheit einen Schuß auf den zufällig auf Besuch weilenden Jaf. Salzmann ab, ohne zu treffen. Im Glauben, das Mädchen sei tot, schob er sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe, wo sie jetzt noch steckt. Das Mädchen ist leicht verwundet. Berg wird wohl die Tat mit seinem Leben bezahlen müssen.

Sport.

Mg. Schwimmsport. Der Vorsitzende des Deutschen Schwimm-Verbandes, Herr Direktor Haase-Franfurt a. M. hat an die „Schwimmer-Zeitung“ folgendes Telegramm gerichtet: „Leipzig. Kann wegen Anordnung Verbandstag nicht übernehmen. Soole.“ Der 22. Verbandstag des Deutschen Schwimm-Verbandes sollte an Ostern in Leipzig stattfinden.



Table with 4 columns: Exchange rate, Country, and other details. Includes entries for 'Eisenbahnen', 'Kreditanstalt', and 'Banken'.

Table titled 'Aktien industrieller Unternehmen' listing various industrial companies and their share prices.

Table titled 'Bergwerks-Aktien' listing mining companies and their share prices.

Table titled 'Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten' listing transport companies.

Table titled 'Hamburger, Prioritäts-Obligationen' listing bond issues.

Table titled 'Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse' listing various commodities and their prices.

Table titled 'Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse' (continued) listing more commodities.

Table titled 'Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse' (continued) listing more commodities.

Table titled 'Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse' (continued) listing more commodities.

Table titled 'Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse' (continued) listing more commodities.

Table titled 'Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse' (continued) listing more commodities.

Text block providing additional market information and prices for various goods.

Mannheimer Effektenbörse vom 27. Februar. (Offizieller Bericht) Die Börse nahm einen stillen Verlauf...

Table titled 'Mannheimer Effektenbörse' listing various stocks and bonds with columns for 'Banken', 'Eisenbahnen', 'Industrie', etc.

Berliner Effektenbörse Berlin, 27. Februar. (Schlusskurs) Aktienmarkt...

Table titled 'Berliner Effektenbörse' listing Berlin stock market data.

Pariser Börse Paris, 27. Februar. Anhangsbörse. 3% Rente...

Table titled 'Pariser Börse' listing Paris stock market data.

Londoner Effektenbörse London, 27. Febr. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse...

Table titled 'Londoner Effektenbörse' listing London stock market data.

Berliner Produktenbörse Berlin, 27. Februar. (Telegramm) (Produktenbörse) Preise in Mark pro 100 kg...

Table titled 'Berliner Produktenbörse' listing Berlin commodity prices.

Table titled 'Berliner Produktenbörse' (continued) listing more commodity prices.

Table titled 'Berliner Produktenbörse' (continued) listing more commodity prices.

Heberische Schiffahrts-Telegramme. New-York, 25. Febr. (Druckbericht der Red Star Line...

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Margold. Hauptgeschäft: Nr. 56 und 1637...

Table titled 'Marx & Goldschmidt, Mannheim' listing various items and prices.

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt: Ver. Käufer % Käufer %

Table listing various goods and their prices under the heading 'Wir sind als Selbstkontrahenten...'.

Nachtrag zum lokalen Teil. \* Gesellschaftsreisen. Die ersten Orient- und Italien-Reise...

\* Künftiges vom Wälder Bierkrieg. Bismarck hoch gehen in der Wahl...

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Gelbenbaum; Für Lokales: Dr. Fritz Gelbenbaum...

Druck und Verlag der Dr. & Co. Mannheimer Buchdruckerei. G. m. & H. Direktor: Ernst Müller.



